



Krieg zieht herauf in unseren Städten

► Der israelische Sicherheitsexperte Avi Issacharoff hat den Angriff der Hamas auf sein Land am 7. Oktober als Israels 11. September bezeichnet. Dementsprechend hart schlägt Israel jetzt gegen die Glaubenskämpfer der Hamas in Gaza zurück.

Diese Dschihadisten haben Verwandte sowie Freunde und Bekannte, von denen mittlerweile, nach Jahrzehnten der Massenmigration, ein Teil in Europa lebt. Das Umfeld der Mörder ist in nahezu jeder europäischen Großstadt ein Bestandteil unserer Nachbarschaft - gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, aber mit dem ausdrücklichen Segen einer politischen Klasse, die sich ihr multi-kulturelles Wolkenkuckuckshaus nicht durch eine zunehmend böse werdende Alltags-Realität madig machen lassen will.

Ihr Problem dabei ist: Im Krieg werden immer mehr Menschen unfriedlich. Manche 15-, 16- und 17-jährigen Muslime in Deutschland haben zuvor noch nie einen Krieg mit zahlreichen jüdischen Todesopfern erlebt, an deren Schicksal sie ihre finsternen Seelen erwärmen können. Mit dieser Generation werden wir so lange nur schwer zurecht kommen, bis wir - hoffentlich bald - zu wirksamen politischen Veränderungen gelangen und den multi-kulturellen Zirkus für geschlossen erklären.

Im modernen, globalen Krieg sind offene Grenzen Selbstmord. Wehe dem, der das nicht einsehen will!

Manfred Rouhs

Das Zuwanderungsproblem kann nicht im deutschen Binnenland gelöst werden. Auffanglager in Grenznähe könnten sich architektonisch an die bayerischen Ankerzentren anlehnen. | ZAR Zirndorf | Urheber: Aarp65 | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Multi-Kulti ist gescheitert:

Ein Lösungsvorschlag für das Zuwanderungsproblem

► Der türkische Vize-Bildungsminister Nazif Yilmaz hat zum Krieg in Israel eindeutige Worte gefunden. Er wünscht dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu den Tod. „Du wirst sterben“, kündigte er auf X an. Kurze Zeit später bemerkte er offenbar, dass er zu nassforsch formuliert hatte. Er löschte den Tweet wieder. Das berichtet NTV.

Viele seiner Landsleute in Deutschland sehen die Sache ähnlich. Nicht nur Araber solidarisieren sich in diesen Tagen weltweit im Kampf gegen Israel. Das Zusammenleben wird schwieriger.

Da sei bitte die Frage erlaubt: Ist dieses Zusammenleben wirklich alternativlos?

Im Interview mit dem NDR-Fernsehen begrüßt eine durchschnittlich aus-

sehende Muslima, wie wir sie in allen deutschen Großstädten täglich beim Einkaufen sehen, den Angriff der Hamas auf Israel. Ihre Familie habe gefeiert, erklärt sie in durchaus passablem Deutsch. Und sie lächelt dabei freundlich.

In Berlin, London, Paris, vielerorts in den USA und im australischen Sydney solidarisieren sich Demonstranten öffentlich mit der Hamas. „Gas the Jews“ skandieren sie in Sydney: „Vergast die Juden“.

Die Empörungen über solche Ausfälle ist überall groß. Aber sie hat bislang keine Konsequenzen.

Wie könnten in Deutschland die Konsequenzen aussehen? Was ist rechtsstaatlich machbar?



Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Abgesehen von Strafverfolgungsmaßnahmen für Personen, die gegen allgemeine Gesetze verstoßen, wo möglich verbunden mit deren Abschiebung nach der Haftverbüßung und einem Verbot der Wiedereinreise, wäre folgendes möglich und rechtlich umsetzbar:

Die Bundesregierung erklärt im deutschen Grenzgebiet für die Dauer des Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten den Ausnahmezustand. (Beide Konflikte werden noch einige Zeit dauern. Danach ist irgendwo anders Krieg. Gründe für den Ausnahmezustand im Grenzgebiet werden uns so schnell nicht ausgehen.)

Sodann wird die deutsche Grenze lückenlos kontrolliert und jeder zurückgewiesen, der seine Identität nicht nach-

weisen kann. Wer einen gültigen Pass vorlegt und Asyl beantragt, kommt in ein Auffanglager in Grenznähe, und sein Asylverfahren beginnt sofort. In jedem Auffanglager werden Verwaltungsgerichte eingerichtet. Die Verfahren werden zügig durchgeführt. Im Falle einer Ablehnung des Asylantrags erfolgt die Abschiebung aus der Einrichtung heraus ohne jeden Zeitverlust.

Menschen, die nicht deutsche Staatsbürger sind, erhalten keine Geldleistungen mehr vom Staat, sondern - wo nötig - nur noch Sachleistungen. Für Millionen Ausländer in Deutschland fällt damit der Anreiz weg, Teile ihres hiesigen mühelosen Einkommens ins Ausland zu transferieren. Die Sozialbehörden kündigen nach und nach ihre Wohnungen, deren Miete sie ja nicht selbst bezahlen, und bieten ihnen die Unterbringung in den zunächst kontinuierlich wachsenden

Auffanglagern an, falls sie niemanden finden, der ihre Miete übernimmt.

Die Konsequenz wird eine massive Abwanderungsbewegung sein. Bereits nach kurzer Zeit werden die Mieten im unteren Preissegment sinken. Weitere Zuwanderung erfolgt imagebedingt und mangels materieller Anreize kaum noch.

Der deutsche schwarze und graue Arbeitsmarkt würde austrocknen. Der reguläre Arbeitsmarkt wäre nicht betroffen, abgesehen von Geringverdienern, die nur in der Kombination mit Bürgergeld-Zahlungen an ihre Familienangehörigen über die Runden kommen.

Dann hätte die aktuelle Krise neben unglaublichem Leid auch etwas Positives bewirkt: Deutschland könnte wirtschaftlich und politisch aufatmen.

Wirtschaftsmigranten warten in Kroatien auf die Weiterreise nach Deutschland. Sie locken die finanziellen Prämien, die der deutsche Steuerzahler ihnen für die Einreise nach Deutschland in Aussicht stellt.



Muslime errichten brennende Barrikaden in Berlin

Seit dem Abend des 17. Oktober errichten Muslime im multi-kulturellen Berliner Problembezirk Neukölln Barrikaden und setzen sie in Brand. Die Berliner Polizei musste zum ersten Mal seit dem 7. Oktober Wasserwerfer einsetzen, um die Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen. Stundenlang scheiterte sie im Oktober mit der Auflösung einer verbotenen Pro-Hamas-Kundgebung im Herzen Berlins auf dem Potsdamer Platz. Erst spät abends löste sich die Versammlung auf - nachdem es dunkel und kalt geworden war.

Ähnliche arabische Großkundgebungen erlebten Frankfurt a.M. und Düsseldorf. Eine inhaltsgleiche arabische Versammlung in Dresden fiel schwächer aus und verlief erheblich unspektakulärer.

Weite Teile der muslimischen Wohnbevölkerung in den deutschen Großstädten solidarisieren sich mit dem Kampf der Hamas gegen Israel. Symptomatisch für die Stimmung war das Fern-

sehinterview einer durchschnittlich wirkenden, ordnungsgemäß verhüllten Hamburger Muslima, die mit einem unschuldigen Lächeln mitteilte, selbstverständlich hätten sie und ihre Familie sich gefreut über den erfolgreichen Schlag der Hamas gegen Israel.

So ist die Stimmung in der Umma, der islamischen Weltgemeinschaft. Pakistan und Indonesien haben mit Israel weder eine gemeinsame Grenze, noch irgendeinen Interessenkonflikt. Trotzdem kocht dort der Hass auf alles Jüdische hoch.

In der Türkei gelang es den staatlichen Sicherheitskräften mit Mühe, die Erstürmung des israelischen Konsulats in Istanbul zu verhindern. Ein ausgebrachter

türkischer Pöbel zerlegte daraufhin eine McDonalds-Filiale „als Symbol für den verhassten Westen“. Die können nicht alle von der Polizei bewacht werden.

Der Bestand türkischer und arabischer Zuwandererghettos in Deutschland gehört jetzt auf den politischen Prüfstand. Deutschland hält diese muslimischen Biotope mit Unsummen aus der Staatskasse für Mieten und Sozialleistungen künstlich am Leben. Ohne diese staatlichen Leistungen wären Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh, Hamburg-St.-Georg und andere Ghettos wirtschaftlich nicht lebensfähig.

Wie lange soll das noch so weitergehen? Wann sind die Mehrheiten da, um den Stecker und die Notbremse zu ziehen?

► Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 21. September 2023 geurteilt, dass die Mitgliedsstaaten der Union nicht berechtigt sind, an ihren Binnengrenzen Asylbewerber zurückzuweisen, die aus einem EU-Mitgliedsland einreisen wollen (Az. C-143/22). Geklagt hatten französische Asyl-Lobbyisten, die sich gegen eine Verordnung der Republik Frankreich wandten, die eine Zurückweisung von Nicht-EU-Bürgern an der französischen Grenze auch dann erlaubt, wenn sie aus einem EU-Land nach Frankreich einreisen wollen.

Das Urteil hat für Deutschland größere Auswirkungen als für Frankreich. Denn Deutschland ist von EU-Ländern sowie der zum Schengen-Raum gehörenden Schweiz umzingelt. Aufgrund dieser EuGH-Entscheidung können die Befürworter einer Politik der offenen Grenzen argumentieren, alle deutschen Grenzkontrollen seien sinnlos, weil Zurückweisungen an der Grenze grundsätzlich nicht mehr in Frage kommen.

Tatsächlich hat der Bundesgrenzschutz nach dieser Rechtsprechung nur noch die Möglichkeit, einreisende Personen festzunehmen, was einer Begründung und sodann einer kurzfristigen gerichtlichen Entscheidung bedarf, nicht aber die Option einer Zurückweisung an der Grenze.

Die Unterbringung eines Asylbewerbers und ein oft jahrelanges Verfahren verursachen hohe Kosten. Da jährlich nur wenige Prozent der aktuell 280.000 Personen, die in Deutschland rechtskräftig ausreisepflichtig sind, tatsächlich abgeschoben werden, läuft die EU-Rechtsprechung auf eine langfristige Aufenthaltsmöglichkeit für unzählige Wirtschaftsflichtlinge auf deutschem Boden hinaus.

Dr. Constantin Hruschka vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und

Der EU-Irrsinn eskaliert:

EU-Gericht will offene Grenzen erzwingen

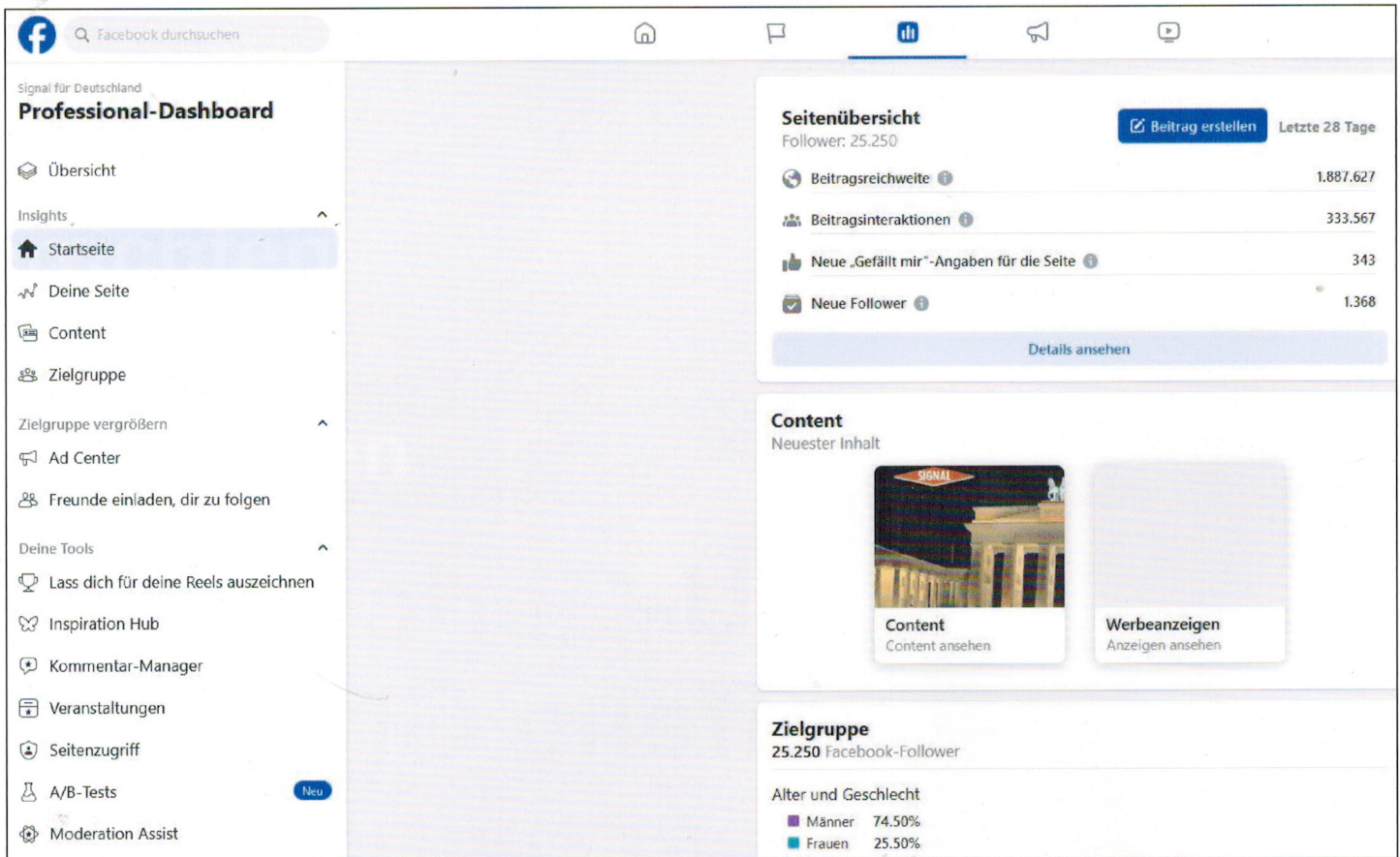


Abbildung KI-generiert | Urheber: wetzkaz - stockadobe.com

Sozialpolitik in München formuliert die Hauptfolge des EuGH-Urteils so: „Die in der öffentlichen Diskussion immer als Haupteffekt von Binnengrenzkontrollen geschilderte Folge der geringeren Anzahl von Einreisen können also mit diesen Kontrollen nicht rechtmäßig erreicht wer-

den.“ Ihn zitiert mit dieser Äußerung die „Legal Tribune Online“.

Danach bleiben nur zwei Möglichkeiten: Eine Änderung des EU-Rechts. Oder austreten. Denn dieses EU-Recht ist für Deutschland inakzeptabel.



Statistische Details von facebook.com/SignalFuerDeutschland/ - Zum Vergleich: Laut statista.com war von den drei großen Nachrichtenmagazinen in Deutschland der Spiegel im zweiten Quartal 2023 mit einer verkauften Auflage von knapp 702.500 Exemplaren am erfolgreichsten. Der Stern folgte mit einigem Abstand und rund 310.400 Exemplaren. Der Focus konnte eine verkaufte Auflage von rund 237.100 Exemplaren verzeichnen.

SIGNAL erreicht bei Facebook mehr als 1,8 Millionen Menschen

SIE können das auch!

▶ In den letzten 28 Tagen vor dem Redaktionsschluss dieser Druckausgabe von SIGNAL am 23. Oktober 2023 haben wir allein über Facebook mehr als 1,8 Millionen Menschen erreicht. Genau waren es 1.887.627. Das war eine Steigerung um 81 Prozent gegenüber den vier Wochen davor. Wir haben also unsere Facebook-Reichweite oberhalb von einer Million Menschen in vier Wochen stabilisiert.

Überdurchschnittlich oft wurden im Oktober 2023 folgende Beiträge aufge-

rufen und von unseren Unterstützern weiterverbreitet:

Das Foto eines Transparents mit der Aufschrift „Geht nach Hause! Das ist unsere Heimat“:

nation24.de/nachhause

Ein Video vom Zigeuerkönig Cem, der von Rumänien aus professionelle Bettelbanden nach Deutschland entsendet:

nation24.de/cem

Eine junge Muslima, die ein gutes Gefühl dabei hat, Deutschland zu verlassen (Video):

nation24.de/flieger

Den Bewilligungsbescheid einer Asylbewerber-Familie über rund 3.900 Euro monatlich nach SGB II:

nation24.de/3900

Spitzenreiter mit bislang rund 290.000 erreichten Menschen ist die nicht ganz reibungslose Festnahme eines Messer-Mannes im thüringischen Rudolstadt durch ein großes Polizeiaufgebot:

nation24.de/rudolstadt

Für einen Teil des Videomaterials müssen wir Nutzungsgebühren bezahlen. Im Regelfall handelt es sich dabei gerade um die wirklich reichweitenstarken Vi-

deos wie beispielsweise dasjenige aus Rudolstadt, dessen umfassende Online-Verbreitung durch uns auch von den Massenmedien nicht mehr ignoriert werden konnte.

Mit der Reichweite steigen nun auch unsere Ausgaben - aber bislang leider nicht die Spendeneingänge und Mitgliedsbeiträge. **Wir sind deshalb dringend auf Spenden angewiesen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns mit einer Spende unterstützen! Auch kleine Beträge helfen weiter!**

f

So erreichen Sie
Millionen Menschen
bei Facebook. Für nur
0,3 Cent pro Mensch.

nation24.de/fb

Solche Reichweiten sind bei Facebook mit politischen Inhalten für jedermann erreichbar! Wir können uns dabei stützen auf die Hilfe eines Technologieunternehmens, das die Betreuung und inhaltliche Beschickung von Facebookseiten als kostengünstige bezahlte Dienstleistung anbietet. Dazu gehören:

Individuelle Texte, die den Facebook-Algorithmus ansprechen, sorgfältig recherchierte Fakten (keine Fake-News!), rechtmäßig nutzbare Bilder und Videos, kurz-Adressen wie nation24.de/cem usw., so dass die Veröffentlichung auch auf Flugblättern und Plakaten möglich ist. Solche Kurz-Adressen können auch unter der Domain des Vertragspartners angelegt werden.

Das Angebot richtet sich an Publizisten, Verlage, Vereine sowie Parteien, deren Fraktionen und Mandatsträger. Gerne vermitteln wir Ihnen einen Kontakt. Bitte rufen Sie uns an:

Telefon 030 - 66 40 84 13



Signal für
Deutschland e.V.



IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54

Wir kämpfen mit einfachsten Mitteln gegen die Übermacht der Massenmedien. Wir brauchen Geld, um weitere Video-Clips einkaufen zu können. Bitte unterstützen Sie uns mit einer steuerlich abzugsfähigen Spende!

EU schlägt los gegen Elon Musk

▶ Die EU-Kommission in Brüssel nutzt den Krieg im Nahen Osten, um gegen X (vormals Twitter) und Elon Musk (Foto) loszuschlagen. Unter dem in Brüssel und Straßburg offenbar als unbequem geltenden Musk hatte das Netzwerk in den letzten Monaten die Zensurzügel gelockert und im durchaus erheblichen Umfang unerwünschte Meinungsäußerungen und Tatsachendarstellungen zugelassen. Dafür soll es nun saftige Bußgelder hageln.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin
Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
Aktenzeichen VR 36107 B
V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck
Dauerbezug nur für Mitglieder. Der
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von
EUR 60,00 jährlich enthalten.

Die EU-Kommission wirft X in einer am 12. Oktober veröffentlichten Presserklärung vor, die EU-Vorschriften über Bewertung und Minderung von Risiken im Zusammenhang mit der Verbreitung von illegalen Inhalten, Desinformation, geschlechtsspezifischer Gewalt und etwaigen negativen Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte, die Rechte des Kindes, die öffentliche Sicherheit und das psychische Wohlbefinden zu missachten. Dem war ein Brief an Elon Musk vom 10. Oktober vorausgegangen. Dazu soll sich X bis zum 18. Oktober äußern.

Das psychische Wohlbefinden von X-Nutzern kann zum Beispiel durch Bild- und Videomaterial von toten Israelis beinträchtigt werden, die am 7. Ok-



tober Opfer der Hamas geworden sind. Zur so beanstandeten Desinformation gehören Bildsequenzen von Videospielen, die von einigen X-Nutzern zum offensichtlichen Zweck der Wichtigtuerei als Kampfszenen aus dem Kriegsgebiet nicht nur, aber auch bei X veröffentlicht wurden.

Linda Yaccarino, CEO von X, hat bereits am 12. Oktober auf den Brief der EU-Kommission vom 10. Oktober reagiert und klargestellt, dass illegale Inhalte bei X in Echtzeit gelöscht werden, also unmittelbar nach dem Bekanntwerden. Insbesondere habe ihr Unternehmen hunderte Konten gesperrt, die der Hamas zugerechnet werden. Insgesamt seien Zehntausende Inhalte entfernt worden.

X erreicht laut EU-Kommission etwa zehn Prozent der EU-Bevölkerung. Gegen Facebook und YouTube (Google) sind bislang keine Maßnahmen ergriffen worden. Deren Zensurverhalten wird also offenbar in Brüssel und in Straßburg nicht beanstandet.